



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

Betreff

wie umstehend

Chiemseehof

☎ (0662) 41561 Durchwahl

Datum

2428

27. SEP. 1984

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der Nö. Landesregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der Oö. Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Nö. Landesregierung
Schenkenstraße 4
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	38 -GE/19-84
Datum:	1. OKT. 1984
Verteilt	1984 -10- 01 <i>[Signature]</i>

Dr. Schanagl

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1
1010 Wien

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)
0/1-1019/1-1984

Chiemseehof
☎ (0662) 41561 Durchwahl
2618

Datum
27.9.1984

Betreff
Entwurf eines Bundesgesetzes über den Schutz
von Pflanzenzüchtungen (Sortenschutzgesetz);
Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 13.641/01 - I 3/84

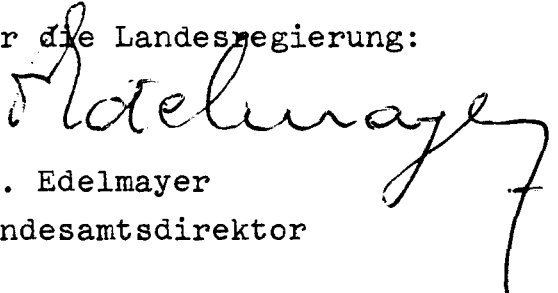
Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf teilt das Amt der Salzburger Landesregierung mit, daß gegen den Inhalt des Entwurfes hinsichtlich seiner einzelnen Bestimmungen von seinem Standpunkt aus keine Bedenken bestehen. Bedenken müssen jedoch gegen die behauptete verfassungsrechtliche Zuständigkeit des Bundes zur Erlassung von derartigen Regelungen vorgebracht werden. Der Schutz von Pflanzenzüchtungen durch einen sogenannten Sortenschutz fällt nach den Bestimmungen des B-VG mangels anderweitiger Regelungen unter die Generalklausel des Art. 15 Abs. 1 B-VG und damit in die Gesetzgebungskompetenz der Länder. Eine Subsumierung des geplanten Züchterschutzes unter den Begriff Patentwesen im Sinne des Art. 10 Abs. 1 Z. 8 B-VG, wie dies die Erläuterungen zum vorliegenden Gesetzesentwurf zum Ausdruck bringen, unterstellt dem Begriff "Patentwesen" einen Bedeutungsumfang, der diesem Begriff ursprünglich nicht zukommt. Unter Patent wurde immer eine technische Erfindung verstanden, welche sich auf eine technisch nachvollziehbare Maßnahme bezieht, die beliebig wiederholt werden kann und jedesmal dieselbe vom Erfinder angegebene Wirkung herbeiführt. Bei Pflanzen- oder Tierzüchtungen hingegen handelt es sich darum, daß ein fertiges Exemplar weiter verwendet wird. Für solche biologische Züchtungen, wurde der Begriff "Pa-

- 2 -

tent" in Österreich nie verwendet. Ein derartig weites Verständnis kann daher auch dem Kompetenztatbestand "Patentwesen" in Art. 10 Abs. 1 Z. 8 B-VG nicht unterstellt werden. Es ist verfehlt, wenn in den Erläuterungen zum vorliegenden Entwurf eines Sortenschutzgesetzes von "Pflanzenpatenten" gesprochen wird. Der Verfassungsgerichtshof hält bekanntlich nach wie vor an der von ihm entwickelten Versteinerungstheorie fest, wonach die in den Kompetenzartikeln verwendeten Ausdrücke, sofern sich aus dem B-VG nicht anderes ergibt, in der Bedeutung verstanden werden müssen, die ihnen im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kompetenzartikel nach dem damaligen Stand der Rechtsordnung zugekommen ist. Die geplante bundesrechtliche Regelung des Sortenschutzes dürfte daher aus ha. Sicht aus Kompetenzgründen verfassungswidrig sein.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:


Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor